



Der stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 21.08.2025

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
am Dienstag, 26. August 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 21-S-00-0003
Wahl der/des Vorsitzenden
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2025
3. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

3.1 25-A-77-0004

Mündlicher Zwischenbericht zum Stand des Klimaanpassungskonzeptes

3.2 21-F-03-0013

Alternativantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 7 (21-F-55-0045 „Klimauhr in Wiesbaden installieren“) der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 02. November 2021

- Aktueller Sachstand -

3.3 24-F-05-0006

ANLAGE

Tiefengeothermieexploration in Wiesbaden - frühzeitig informieren und Vertrauen schaffen

- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2024 -

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 320 vom 26.09.2024 -

3.4 24-F-16-0017

ANLAGE

Strompreisanpassung durch ESWE

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-Wardak vom 27.11.2024 -

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie Nr. 98 vom 03.12.2024 -

3.5 24-F-63-0090

ANLAGE

Windkraft für Wiesbaden - wir geben Rückenwind!

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 13.11.2024 -

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 378 vom 21.11.2024 -

4. 25-F-22-0071

Aufwandsentschädigung für die Erlegung von Schwarzwild in den Sperrzonen I und II - Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.08.2025 -

Die Afrikanische Schweinepest stellt eine ernste Gefahr für die Schwarzwildbestände, die heimische Landwirtschaft und die regionale Fleischwirtschaft dar.

Eine Bejagung des Schwarzwildes ist derzeit nur unter Einhaltung umfangreicher tierseuchenrechtlicher Maßnahmen möglich und bedeutet für die Jägerschaft einen deutlich erhöhten Aufwand. Die Wiesbadener Jägerschaft hat bislang bereits in einem großen Kraftakt einen maßgeblichen Beitrag zur Eindämmung der Tierseuche geleistet.

Umliegende Landkreise, wie etwa der Rheingau-Taunus-Kreis oder auch der Main-Taunus-Kreis, zahlen den Jägern für ihre Arbeit eine Aufwandsentschädigung. Es werden bis zu 200 € pro erlegtem Wildschwein gezahlt.

Das Land Hessen hat zugesagt, sich an solchen Aufwandsentschädigungen an die Jagdausübungsberechtigten mit 50 % (maximal 100 €) zu beteiligen, um weitere Anreize für eine verstärkte Bejagung zu schaffen.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept für eine Aufwandsentschädigung zu erarbeiten, das vorsieht, dass für jedes Wildschwein, das in einer der beiden Zonen auf Wiesbadener Stadtgebiet erlegt und gemäß den Vorgaben des Veterinäramtes entsorgt oder verwertet wird, dem Jagdausübungsberechtigten ab 1. April 2025 bis zunächst 31. März 2026 eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 Euro gezahlt wird.

5. 25-F-63-0053

Änderung der Abflugrouten am Frankfurter Flughafen - Auswirkungen auf Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 20.08.2025 -

Wie bereits Anfang Juni bekannt geworden ist, beabsichtigen die Fraport und die Deutsche Flugsicherung (DFS), die Abflugrouten am Frankfurter Flughafen zu ändern. Es ist zu erwarten, dass dadurch so-wohl Mainz als auch die östlichen Wiesbadener Vororte verstärkt durch Fluglärm belastet werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zum Sachstand der seitens Fraport und DFS beabsichtigten Änderungen von Abflugrouten am Flughafen Frankfurt zu berichten und dabei insbesondere die möglichen Fluglärm-Auswirkungen auf Wiesbadener Stadtgebiete darzustellen.

6. 25-F-63-0054

Baustoffkreisläufe lokaler gestalten

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 20.08.2025 -

Beim Bau des Sportparks Rheinhöhe konnte der Aushub, im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise (Ausschreibung und Vergabe an den Bieter mit dem niedrigsten Angebot), direkt von der Baustelle auf das Deponiegelände der ELW zur Ablagerung gebracht werden.

Das hat Zeit, Geld, CO2 und Reifenabrieb eingespart. Deponiegebühren bleiben im städtischen Kreislauf.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zukünftig diese Vorgehensweise für alle städtischen Bauvorhaben vorzusehen.
2. zu überprüfen, inwieweit wiederverwendbarer Aushub auf der Deponie oder anderen ELW-Flächen zukünftig zwischengelagert werden kann, um ihn z.B. für Geländemodellierungen bei anderen Bauvorhaben weiterzuverwenden.

7. 25-F-15-0031

Umweltwirkung digitaler Angebote der ELW verbessern - Struktur der Apps vereinfachen und ökologisches Potenzial stärker nutzen

- Antrag der Fraktion FWG-Pro Auto vom 20.08.2025 -

Die ELW (Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden) sowie die Landeshauptstadt bieten aktuell drei unterschiedliche Apps mit direktem oder indirektem Umweltbezug an:

- „ELW-Abfallkalender“ zur Abfrage von Leerungsterminen und Öffnungszeiten
- „Sauberes Wiesbaden“ zur Meldung illegaler Müllablagerungen
- „ELWIS - Die App der ELW“ mit allgemeinen Informationen zu Umweltführungen, Ansprechpartnern und Klimazielen

Diese digitalen Anwendungen können einen wichtigen Beitrag zur Umweltkommunikation, Müllvermeidung und Klimaschutzbildung leisten. Funktionen wie die frühzeitige Anzeige von Abholterminen, die schnelle Meldung von wilden Müllablagerungen oder Informationen über Recyclinghöfe und Deponien stärken das Umweltbewusstsein der Bürger*innen und erleichtern umweltfreundliches Verhalten.

Allerdings stellt die parallele Existenz dreier unterschiedlicher Apps auch eine strukturelle Herausforderung dar: Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, welche App wofür zuständig ist. Dies kann dazu führen, dass Funktionen nicht genutzt werden, Informationen verloren gehen oder Umweltmeldungen unterbleiben. Eine benutzerfreundliche, zentrale Struktur wäre hier zielführend - auch unter ökologischen und ressourcenschonenden Gesichtspunkten.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge daher beschließen,

der Magistrat möge berichten:

1. Wie hoch ist die tatsächliche Nutzung der Apps im Umweltbereich - insbesondere im Hinblick auf:
 - a) Abfrage von Abholterminen
 - b) Meldung illegaler Müllablagerungen
 - c) Nutzung umweltbezogener Informationen (z. B. Recyclinginfos, Umweltführungen)
2. Welche umweltpolitischen Ziele verfolgen die einzelnen Apps konkret, und wie tragen sie konkret zur Umsetzung der Klimaschutzstrategie Wiesbadens bei?

3. Inwiefern ist die parallele Pflege mehrerer Apps zielführend?
4. Bestehen Überschneidungen oder Redundanzen zwischen den Funktionen der verschiedenen Apps?
5. Welche Rückmeldungen oder Beschwerden zur Übersichtlichkeit oder Umweltwirkung der Apps sind bislang eingegangen?

Der Magistrat wird gebeten:

Zu prüfen, ob und wie eine funktionale wie auch umweltpolitisch wirksame Zusammenführung der Apps möglich ist, um die digitalen Umweltangebote zu bündeln, zu verbessern und einem größeren Nutzerkreis zugänglich zu machen.

8. 25-F-16-0008

Rauchfreies Wiesbaden

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 20.08.2025 -

In Frankreich ist seit kurzem das Rauchen in sämtlichen Park- und Gartenanlagen, am Strand, vor Schulen, in Schwimmbädern, sowie an Bushaltestellen im Umkreis von 10 Metern offiziell verboten. Ziel ist es laut der französischen Gesundheitsministerin den Tabak an Orten, an denen sich Kinder aufhalten offiziell verschwinden zu lassen, „die Freiheit zu rauchen müsse dort aufhören, wo das Recht der Kinder auf saubere Luft beginnt“. In Deutschland versterben laut einer Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums jährlich über 3300 Menschen an den Folgen des Passivrauchens.

In Paris hat sich das rauchfreie Konzept in Grünanlagen bereits seit 2018 bewährt, so dass es bereits 2021 auf über 70 Gärten und Grünanlagen ausgeweitet wurde. Ziel der Maßnahme war es die Pariser Öffentlichkeit für die Gefahren des Passivrauchens zu sensibilisieren, aber auch die Sauberkeit des Lebensumfeldes zu verbessern und die Umwelt zu schützen.

Das wären sicherlich auch erstrebenswerte Ziele für Wiesbaden.

Die Folgen achtlos weggeworfener Zigarettenkippen für die Umwelt sind massiv, so kann eine Zigarettenkippe bis zu 1000 l Wasser verunreinigen. Studien zeigen, dass die Schadstoffe aus Zigarettenkippen, wie Nikotin und Schwermetalle Gewässer massiv belasten und Wasserorganismen schädigen könne.

Durch Zigarettenfilter aus nicht abbaubarem Plastik gelangt Mikroplastik in die Umwelt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie geht die Stadt mit der Verunreinigung durch Kippen vor allem in Parks und auf Grünflächen um, wo die Schadstoffe direkt in den Boden ausgespült werden?
2. Gibt es Untersuchungen der Landeshauptstadt Wiesbaden inwieweit Schadstoffe aus Zigarettenkippen das Wasser in Wiesbaden belasten? Wenn ja, wie sehen diese aus? Wenn nein, warum nicht?

3. Wie hoch ist der Anteil an Zigarettenkippen beim jährlichen Müllaufkommen im Bereich der Stadtreinigung?
4. In wie vielen Fällen wurde 2024 die Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgesetzt und Bußgelder für die Verschmutzung durch Zigarettenkippen erhoben?
5. Wie geht die Landeshauptstadt Wiesbaden mit den gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens um?
6. Wie gedenkt die Landeshauptstadt Wiesbaden zukünftig ihre Bürger vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen?
7. Gibt es Bestrebungen Rauchverbote in bestimmten Bereichen auch in Wiesbaden einzuführen, wenn ja, wann und wie soll das umgesetzt werden, wenn nein, warum nicht?

folgendes zu veranlassen:

8. Ein umfassendes Rauchverbot, ähnlich dem in Frankreich und Paris für öffentliche Bereiche in Wiesbaden zu prüfen (Gärten und Parks, im Umkreis von Schulen, in Schwimmbädern, rund um Bushaltestellen usw.) und zu veranlassen, um die Umwelt und die Gesundheit der Bürger zu schützen.

9. 25-F-16-0009

Jagdprämie

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 20.08.2025 -

Wie in der Presse kürzlich berichtet wurde, erhalten Jägerinnen und Jäger in Wiesbaden im Gegensatz zu den Nachbarkreisen bislang keine Aufwandsentschädigung für den Abschuss von Wildschweinen. Dies bremst den dringend notwendigen Einsatz gegen die Afrikanische Schweinepest.

Eine Prämie würde das Engagement der Jägerschaft anerkennen, den Anreiz zur Bejagung erhöhen und so einen zentralen Beitrag zur Eindämmung der Seuche leisten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, kurzfristig eine Abschussprämie für erlegte Wildschweine in Wiesbaden einzuführen, analog zu den Regelungen in den umliegenden Landkreisen.

10. 25-A-77-0003

Präsentation des Umweltamtes zur Bestands- und Potentialanalyse im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-J-42-0003

Prüfung der Machbarkeit für die Installation einer Trinkwasseranlage am Platz der Deutschen Einheit in Wiesbaden

- Antrag des Jugendparlamentes vom 27.05.2025 -
- Bericht des Dezernates V vom 19.07.2025 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

2. 25-V-36-0001

DL 15/25-4

Herstellung offener Gerinne nach bereits erfolgter Abtrennung von Wellritz- und Kesselbach von der Mischkanalisation und Ertüchtigung der Spülleitungen - Sachstand Mischkanalisation

3. 25-V-36-0017

DL 17/25-3

Klimabudget 2025

Tagesordnung III - Nicht öffentliche Vorlagen

1. 25-V-36-0013

DL 15/25-5 NÖ

Niederschrift über die 34. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 24. April 2025

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Uebersohn
stellv. Vorsitzender